Stand: 15.12.2025 19:10:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7763

"Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7763 vom 23.07.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9095 des WK vom 21.10.2015
3. Beschluss des Plenums 17/9297 vom 02.12.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 02.12.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 23.07.2015 **Drucksache 17/7763**

Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst die inhaltlichen und fachlichen Gründe für eine Verlegung des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen darzulegen.

Insbesondere ist darauf einzugehen:

1. Warum wurden in bedeutenden Zentren der bayerischen Geschichte wie Bamberg oder Landshut die Archive als Gedächtnis von Stadt und Region zuletzt mit aufwendigen Sanierungen oder Neubauten aufgewertet und gestärkt, während die Staatsregierung für Würzburg den gegenteiligen Weg einschlägt?
2. Wie rechtfertigt die Staatsregierung einen Umzug von knapp 24 Regalkilometern hoch sensiblen und zum Teil über 1.000 Jahre alten Archivguts sowie 8 Mio. Einzelbeständen, darunter so wichtige Archivalien wie die unterfränkischen Gestapo-Akten, der zweitgrößte geschlossene Bestand Deutschlands, die Dokumente zur jüdischen Geschichte der Stadt Würzburg sowie die Dokumente aus der Zeit der Säkularisierung, zur Geschichte der Klöster und des Fürstbistums?
3. Wie rechtfertigt die Staatsregierung die für den Umzug der diffizilen Archivalien nach Kitzingen entstehenden Kosten in Höhe von mindestens 20 bis 30 Mio. Euro (laut Expertenmeinung) und wo sollen diese Archivalien in Kitzingen untergebracht werden?
4. Mit welcher Begründung lehnt die Staatsregierung alternative Standorte in Würzburg wie beispielsweise einen Archivneubau auf dem Hubland Campus Nord in direkter Nachbarschaft zu den Wissenschaftsinstituten ab, für den sogar bereits eine Machbarkeitsstudie des Staatlichen Bauamts vorliegt?
5. Welcher wirtschaftliche Ausgleich wird für die Stadt Kitzingen durch die Verlagerung des Staatsarchivs konkret erwartet?
6. Welche Behörden wurden für eine Verlagerung von Würzburg nach Kitzingen alternativ zum Staatsarchiv geprüft und warum wurde das Staatsarchiv für die Verlagerung ausgewählt?

Begründung:

Mit dem Ziel, den ländlichen Raum zu stärken, hat das Heimatministerium Ende Februar beschlossen, die beiden Würzburger Standorte des Staatsarchivs in die Kreisstadt Kitzingen zu verlagern. In Würzburg zerschlägt das Staatsministerium auf diese Weise einen gewachsenen Verbund dreier Archive mit einem Schwerpunkt auf der Würzburger und fränkischen Landesforschung.

Mit dieser Entscheidung schädigt das Heimatministerium den Wissenschafts- und Forschungsstandort Würzburg, nimmt der Stadt ihr kulturelles Langzeit-Gedächtnis, gefährdet Großprojekte wie die Bände zum Würzburger Fürstbistum in der Reihe der „Germania Sacra“ und verursacht erhebliche Fahrtkosten zu Lasten von Forschungsbudgets.

Ein wissenschaftliches Archiv gehört dorthin, wo geforscht wird. Das Staatsarchiv mit seinen historischen Konstruktionsplänen der berühmten Würzburger Bauwerke ist für die Kunsthistoriker ein unersetzlicher Arbeitsplatz. Eine Digitalisierung der Archivbestände stellt keine Lösung dar. Eine sorgfältige Prüfung der Originalakten sowie der persönliche Austausch der Archivarinnen und Archivare untereinander ebenso wie mit Behördenvertreterinnen und -vertretern und Forschenden ist nicht zu ersetzen.

Auch für die Heimatforschung und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern wie dem Arbeitskreis Stolpersteine sind die Folgen erheblich. Besonders betroffen sind u.a. Gymnasien, die mit ihren P- und W-Seminaren auf ortsnahe Archive angewiesen sind.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.10.2015 **Drucksache 17/9095**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Drs. 17/**7763**

Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Georg Rosenthal**
Mitberichterstatter: **Dr. Otto Hünnerkopf**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 21. Oktober 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.12.2015 **Drucksache 17/9297**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

Drs. 17/**7763**, 17/**9095**

Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst die inhaltlichen und fachlichen Gründe für eine Verlegung des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen darzulegen.

Insbesondere ist darauf einzugehen:

1. Warum wurden in bedeutenden Zentren der bayerischen Geschichte wie Bamberg oder Landshut die Archive als Gedächtnis von Stadt und Region zuletzt mit aufwendigen Sanierungen oder Neubauten aufgewertet und gestärkt, während die Staatsregierung für Würzburg den gegenteiligen Weg einschlägt?
2. Wie rechtfertigt die Staatsregierung einen Umzug von knapp 24 Regalkilometern hoch sensiblen und zum Teil über 1.000 Jahre alten Archivguts sowie 8 Mio. Einzelbeständen, darunter so wichtige Archivalien wie die unterfränkischen Gestapo-Akten, der zweitgrößte geschlossene Bestand Deutschlands, die Dokumente zur jüdischen Geschichte der Stadt Würzburg sowie die Dokumente aus der Zeit der Säkularisierung, zur Geschichte der Klöster und des Fürstbistums?
3. Wie rechtfertigt die Staatsregierung die für den Umzug der diffizilen Archivalien nach Kitzingen entstehenden Kosten in Höhe von mindestens 20 bis 30 Mio. Euro (laut Expertenmeinung) und wo sollen diese Archivalien in Kitzingen untergebracht werden?
4. Mit welcher Begründung lehnt die Staatsregierung alternative Standorte in Würzburg, wie beispielsweise einen Archivneubau auf dem Hubland Campus Nord in direkter Nachbarschaft zu den Wissenschaftsinstituten, ab, für den sogar bereits eine Machbarkeitsstudie des Staatlichen Bauamts vorliegt?
5. Welcher wirtschaftliche Ausgleich wird für die Stadt Kitzingen durch die Verlagerung des Staatsarchivs konkret erwartet?
6. Welche Behörden wurden für eine Verlagerung von Würzburg nach Kitzingen alternativ zum Staatsarchiv geprüft und warum wurde das Staatsarchiv für die Verlagerung ausgewählt?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eigenverantwortliche Schule stärken: Schulbezogene Stellenausschreibungen und -besetzungen ermöglichen
Drs. 17/7655, 17/9167 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Joachim Unterländer, Judith Gerlach u.a. CSU
Mehrere geringfügige Beschäftigungen neben einer Hauptbeschäftigung zulassen
Drs. 17/7690, 17/9153 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Europäische Datenschutz-Grundverordnung – hohe Standards sicherstellen!
Drs. 17/7762, 17/9171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. SPD
Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg
Drs. 17/7763, 17/9095 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bewährte Standards im Handwerk und den Freien Berufen schützen
Drs. 17/7894, 17/9152 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Vorgehen der Staatsregierung und der Behörden im Salmonellen-Skandal
aus rechtlicher Sicht
Drs. 17/8092, 17/9068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorgänge um Bayern-Ei umfassend aufklären
Drs. 17/8105, 17/9069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Herbert Woerlein SPD
Erlaubniserfordernis für gewerbsmäßige Hundetrainer
nach § 11 Abs. 1 Tierschutzgesetz
Drs. 17/8214, 17/9070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Barrierefreier Bahnhof Burgkunstadt
Drs. 17/8222, 17/9118 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl SPD
Bayernweite Informationsoffensive gegen Torfnutzung ins Leben rufen
Drs. 17/8306, 17/9168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Traumapädagogik – ein Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte
Drs. 17/8377, 17/9166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Öffnung des „Kulturfonds Bayern“ für die Förderung kommunaler Kulturzentren – Ausweitung auf alle Gemeinden im „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“
Drs. 17/8406, 17/9065 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Absturz eines F-16 US-Kampfjets – Transparente Aufklärung und Schutz der Bevölkerung sicherstellen
Drs. 17/8422, 17/9071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen
Drs. 17/8424, 17/9072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Genehmigung für neuen Verkehrslandeplatz Coburg
Drs. 17/8434, 17/9119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Flugzeugabsturz eines US-Kampfjets in Engelmannsreuth (Oberfranken)
Drs. 17/8443, 17/9073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Umsetzung der SEVESO III-Richtlinie auf Bundesebene
Drs. 17/8538, 17/9169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Torfnutzung bei staatlichen Stellen und den bayerischen Gartenschauen
Drs. 17/8666, 17/9170 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Stöttner u.a. und Fraktion (CSU)
Gesundheitswirtschaft in Bayern – Zahlen, Daten, Fakten
Drs. 17/8684, 17/9120 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Luftfahrtausbildung in Bayern standardisieren
Drs. 17/8761, 17/9091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z